

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Miffringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Ami Dönshoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin S B 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Gepadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Auslieferungszeitpunkt, wenn nicht anderes vereinbart ist. Druckort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 16. Dezember 1930

Fremdenhass in Amerika.

Int. Institut
Soz. Geschichte
Amsterdam

Wie die Hearst-Presse ihn schüren muss.

SPD. New York, Mitte Dezember (Eig. Ber.)

Die letzten Monate haben -Hand in Hand mit der Wirtschaftskrise- eine Steigerung der schon früher fühlbaren amerikanischen Voreingenommenheit gegen den Einwanderer gebracht, die durch die vorbereitenden Massnahmen der Regierung und des Bundeskongresses zur Verschärfung der bestehenden Einwanderergesetzgebung eine alarmierende Unterstreichung erfahren hat. Inzwischen hat man nach Gründen für die wachsende Arbeitslosigkeit und nach einem bequemen Prügelingen Umschau gehalten und geglaubt, ihn in dem zum Schweigen verurteilten Einwanderer gefunden zu haben.

Natürlich liesse sich vieles über die naive Auffassung, die die schon reichlich verdünnte Einwanderung zu einem der Hauptwiderstände gegen die Wiederkehr der sagenhaft gewordenen amerikanischen Prosperität stempelt, sagen. Schliesslich besteht die Tätigkeit eines Zuwanderers, wie das den kritiklosen Massen in Amerika skrupellos vorgesetzt wird, ja nicht nur im Besetzen eines Arbeitspostens, sondern in der unbegrenzten Nutzbarmachung seiner Arbeitskräfte innerhalb der amerikanischen Volksgemeinschaft und für sie. In anderen Worten, auch der amerikanische Einwanderer gibt gleich jedem schaffenden Proletarier immer mehr als er bekommt. Ihn als den zufriedenen Nutzniesser eines Systems ansprechen zu wollen, das Amerika zum Schmelztiegel der Welt gemacht hat, ist eine Lächerlichkeit und eine böswillige Entstellung. Das sind Dinge, die man aus naheliegenden Gründen heute in den ratlos gewordenen leitenden Verwaltungskreisen und vor einer mit billigen Phrasen gefütterten Öffentlichkeit einfach nicht wahr haben will.

Nationalistische Wellen schlagen überdies auch hier hoch, wenn sie sich auch in äusserlich sachlichen Gewändern präsentieren und ein schönverbrämtes wirtschaftliches Mäntelchen tragen. Die wunderlichsten Gesetzesvorschläge werden binnen kurzem ihre fröhliche Wiederauferstehung im Bundeskongresse feiern und diesmal dank der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse ein geneigteres Ohr als je zuvor finden. Von ihnen muss die von der Bundesverwaltung indirekt geförderte Vorlage des Bundesenators Reed auf völlige Unterbindung der Einwanderung bis 1933 trotz ihrer sachlichen Bedenklichkeit noch als die materiell und moralisch einwandfreieste angesprochen werden. Daneben gehen aber Vorschläge wie Polizeiaufsicht, Registrierung, Fingerabdrücke, Zwangphotographien und Sonder-Ausweiskarten der Einwanderer, alles Dinge, die nichts mit wirtschaftlichen Problemen zu tun haben und nur dazu bestimmt sind, dem Einwanderer das Leben noch saurer zu machen.

Um so mehr ist es der "New Yorker Volkszeitung", der einzigen deutschsprachigen sozialistischen Tageszeitung der Vereinigten Staaten, zu danken, dass sie ein von der Landespresse geflissentlich übergangenes Rundschreiben des Zeitungsmagnaten William Randolph Hearst an die Schriftleitungen seiner

Blätter vor aller Öffentlichkeit festgenagelt hat. Das Schreiben, das ein bezeichnendes Streiflicht auf die journalistischen Gepflogenheiten der Hearst-Presse wirft, sagt mit seinen eigenen Worten :

"An die Chefredakteure und Schriftleitungen aller Hearst-Zeitungen:
Sobald ein Verbrechen in den Tagesneuigkeiten figuriert, geben Sie stets nachdrücklich an, ob der Schuldige ein Nichtbürger ist, bzw. ob er naturalisierter amerikanischer Bürger ist. Zur praktischen Illustrierung:
John Kajuski schießt auf Polizisten. Kajuski ist kein amerikanischer Bürger. Er wanderte im Jahre 1925 aus Polen hier ein. Oder aber:
Er ist amerikanischer Bürger und wurde im Jahre 1928 naturalisiert.
Gleichzeitig bitte ich um Angabe, ob der Betreffende Analphabet, Morphinist, etc. ist.

gez. W.R.Hearst ... Los Angeles, Cal. 5. November 1930."

Ein derartiges Rundschreiben kann nur dazu bestimmt sein, die amerikanische Volksmeinung durch die der gelben Presse geläufigen Kanäle bis zur Siedehitze gegen den Einwanderer aufzupeitschen und gleichzeitig die Verhängung einer Einwanderungssperre durchzusetzen. Dabei darf nicht übersehen werden, dass die Hearst-Presse es mit besonderem Geschick verstanden hat, sich vor der amerikanischen Öffentlichkeit den Ruf des Arbeiterfreundes und unentwegten Verfechters der Volksinteressen zu verschaffen. Es ist das dieselbe Presse, die sich nach dem bekannten Hearst'schen Diktat krassen Nationalismus und stärkste militärische Bereitschaft als Leitmotiv erkoren hat, gleichzeitig aber auch nicht unterlassen hat, die neueingewanderten Elemente mit Hilfe übelster Demagogie als Leser und Inserenten zu gewinnen.

Man merkt die allzu dick aufgetragene Absicht und wird verstimmt. Aber auch das Ausland wird sich angelegen sein müssen, den Kurs der kommenden Dinge mit besonderer Aufmerksamkeit zu verfolgen. Bei der allgemeinen Unfreundlichkeit gegen fremdstämmige Volkselemente und bei der in der gelben Presse beliebten Hetzsprache darf man sich nicht wundern, wenn der amerikanische Fremdenhass immer stärkere Ausmasse annimmt.

SPD. Eine Reichskonferenz der kommunistischen Opposition (Brandler-Gruppe), die mit 68 Delegierten aus 19 Bezirken in Berlin stattfand, verurteilte die gewerkschaftsspaltende Tätigkeit der KPD und lehnte die Behauptung dieser Partei, dass Deutschland bereits in einer faschistischen Periode sei, als irreführend ab. Gegen wenige Stimmen wurde der Antrag auf Gründung einer eigenen Partei verworfen. Die Mitgliederzahl dieser Gruppe wurde mit 6 085 angegeben. Davon soll die grösste Zahl auf Thüringen entfallen.

SPD. Braunschweig, 16. Dezember (Eig. Dr.)
In der Nacht zum Dienstag überfielen zehn Studenten und sechs uniformierte Hakenkreuzler drei Reichsbannermitglieder des Braunschweiger Ortsvereins. Als die Reichsbannerleute, die von einer Versammlung des weltlichen Elternbundes kamen, ein hiesiges Studentenheim passierten, stürzten sich die Nazis mit dem Rufe auf sie: "Da kommen ja die Bluthunde". Einer der Reichsbannerleute wurde derart niedergeschlagen, dass er bewusstlos zur Polizeiwache gebracht werden musste. Auch die beiden anderen wurden erheblich verletzt. Einem wurde das Portemonnaie mit 38 Mark Inhalt gestohlen. Die Täter konnten bisher noch nicht festgestellt werden.

SPD. Madrid, 16. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die Regierung hat am Dienstag-Nachmittag offiziell verlautbaren lassen, dass die Lage wieder vollkommen normal sei. In einigen Provinzstädten minderer Bedeutung sei vergeblich der Versuch zur Erklärung des Generalstreiks gemacht worden. Die Bevölkerung habe sich nirgendwo von den "lügnerischen Versprechungen der Revolutionäre" einfangen lassen. Immerhin wird in dem Communiqué zugegeben, dass eine Abteilung Aufständischer irgendwo versucht habe, eine Kaserne zu stürmen.

Der Telephonverkehr zwischen Madrid und Berlin bzw. Paris und London war auch den ganzen Dienstag über unterbunden. Die Regierung gestattet lediglich die Weiterleitung zensierter Telegramme.

SPD. Stuttgart, 16. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der Württembergische Landtag lehnte am Dienstag einen sozialdemokratischen Antrag ab, den Betrag von 800 000 Mark als einmalige Notstandsbeihilfe an die Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentner durch die Fürsorgebehörden zur Auszahlung zu bringen. Stattdessen nahm er einen vom Zentrum gestellten Antrag an, der Zentralleitung für Wohltätigkeit zur Unterstützung der genannten Personenkreise "einen angemessenen Betrag" zu überweisen. Was in diesem Falle als angemessen anzusehen ist, blieb dem Belieben des deutschnationalen Finanzministers überlassen.

SPD. Paris, 16. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die am Dienstag-Nachmittag in Paris eingetroffenen Privatmeldungen aus Paris besagen, dass der Generalstreik, der am Montag in Bilbao erklärt worden ist, inzwischen beinahe auf ganz Nordspanien übergegriffen habe. Eine Gewehrfabrik in der Nähe von San Sebastian sei von Revolutionären angegriffen worden. In Malaga sei es ebenfalls zu schweren Zwischenfällen gekommen. Die Eisenbahnlinie nach Madrid sei zerstört. Die Grenze nach Frankreich sei immer noch vollkommen gesperrt.

Der "Temps" meldet aus Madrid, dass in Spanien eine umfassende revolutionäre Verschwörung bestehe. Die Militärrevolte von Jaca und der Fliegeraufstand im Madrider Militärflughafen hätten nach den Plänen der Revolutionäre gleichzeitig erfolgen sollen. Die Aufständischen in Jaca aber hätten zu früh losgeschlagen und damit den Versuch vereitelt. Die Entscheidung der Situation, so schliesst die Meldung des "Temps", liege augenblicklich bei der Arbeiterschaft und den Gewerkschaften. Komme es wirklich zum Generalstreik, der das ganze Land umfasse, dann werde die Lage der Regierung mehr als kritisch werden. Man dürfe vorläufig keineswegs annehmen, dass die Arbeiterschaft auf die Streikbewegung verzichtet hätte.

SPD. Stuttgart, 16. Dezember (Eig. Dr.)

Die 7 kommunistischen Flugblattddiebe, die vor der letzten Reichstagswahl in Stuttgart sozialdemokratische Wahlzeitungen aus den Briefkästen und einzelnen Häusern stahlen, oder den Austrägerinnen der sozialdemokratischen "Tagwacht" ganze Zeitungspakete aus den Händen rissen und damit davonliefen, sind vom Stuttgarter Schöffengericht anstelle von verwirkten Gefängnisstrafen von 3 und 2 Wochen zu Geldstrafen zwischen 45 und 10 Mark verurteilt worden. Die Strafen sind gegenüber der hinterhältigen Handlungsweise der Beschuldigten, die seinerzeit nach einem sorgfältig vorbereiteten Plan gehandelt haben, ungewöhnlich mild.

SPD. Konstantinopel, 16. Dez. (Eig. Dr.)

Ueber Süd-Anatolien ging in den letzten Tagen ein schweres Unwetter nieder, das grosse Ueberschwemmungen verursachte. Die Ortschaften Adana, Mersina, Kosa und Adalia stehen unter Wasser. 18 Dörfer sind von der Umwelt vollkommen abgeschnitten. Bisher sind 8 Tote zu verzeichnen. Der Schaden lässt sich noch nicht übersehen.

SPD. Paris, 16. Dezember (Eig. Drahtb.)

Im Zustand des ehemaligen Ministerpräsidenten Poincaré scheint im Laufe des Dienstag eine wesentliche Besserung eingetreten zu sein. Ein amtliches Kommuniqué erklärt, dass sein Befinden befriedigend sei. Mehrere der Besucher, die im Laufe des Tages in der Wohnung Poincarés vorgesprochen haben, versicherten, dass die Familienangehörigen wieder Hoffnung geschöpft hätten. Kriegsminister Barthou betonte, dass man die pessimistischen Gerüchte über das baldige Ableben Poincarés unbedingt dementieren müsse.

SPD. Die Spanische Botschaft in Berlin teilt folgendes mit: "Die in San Sebastian, Santander und Sevilla stattgefundenen Unruhen ebenso wie das revolteartige Verhalten der Flieger in Madrid waren eine Folge des fehlgeschlagenen Vorgehens in Jaca und waren von der Regierung vorausgesehen. Die Ordnung ist überall schnell wieder hergestellt worden. Franco mit drei anderen Hauptleuten haben ihre Mitverschworenen verlassen und sind mit vier Flugzeugen geflohen. Es bestätigt sich der Eindruck, dass die revolutionäre Bewegung absolut gebrochen ist, da sie im Land keine Unterstützung fand. Die spanische öffentliche Meinung hat unzweideutige Beweise ihrer Zuneigung zur geltenden Staatsform und ihres Vertrauens zur jetzigen Regierung gegeben."

SPD. Aachen, 16. Dezember (Eig. Drahtb.)

In Stollberg tat ein Besucher einer kommunistischen Versammlung während der Rede des Versammlungsleiters die Ausserung: "Das ist mir doch zuviel, da sind die Hitler-Leute doch besser". Sofort erhielt der Mann einen Stich in den Unterleib, an dessen Folgen er in der Nacht erlegen ist. Der Messerstecher wurde verhaftet.

+ + +
In Düsseldorf wurde am Dienstag abend von Beamten der politischen Polizei der Kommunist Hans Centarra, der Mörder des in Hagen vom Rade gerissenen und erdolchten Nationalsozialisten Sanders verhaftet.

SPD. Stuttgart, 16. Dezember (Eig. Dr.)

Wie die sozialdemokratische "Schwäbische Tagwacht" mitteilt, haben Seminarlehrer der in Nagold befindlichen staatlichen Lehrerbildungsanstalt am Sonntag die Stuttgarter Hitlerversammlung besucht. Was sie dort gehört haben, scheint ihre pädagogische Tätigkeit in einer überaus kennzeichnenden Weise befruchtet zu haben. So trug einer der Lehrer 14 jährigen Knaben, denen er Mathematik-Unterricht erteilen sollte, am Tage nach der Hitlerversammlung Bemerkungen folgender Art vor: "Mich dürstet nach einem Krieg" und "Wenn man sagt: Nie wieder Krieg, dann schlägt man das Edelste im Menschen tot." Ein anderer Seminarlehrer erzählte in der Stenographie-Stunde: "Der Staat ist Besitz der Juden. Die Sozialdemokraten wollen, dass alles dem Staate gehöre,

folglich wollen die Sozialdemokraten, dass alles den Juden gehöre."

Der württembergische Unterrichtsminister, Herr Bazille, ist ein rechtsstehender Mann. Ob er die unerhörten Äusserungen der Lehrer trotzdem ungeahndet lässt ?

SPD. Am Donnerstag beabsichtigt der frühere Gauführer der Nazis in Sachsen, der bekannte Kapitänleutnant a.D. Helmut von Mücke, den Nationalsozialisten in einer Versammlung in dem grössten Saal der Reichshauptstadt "die Maske vom Gesicht zu reissen". Schon die Ankündigung der Versammlung ist den Berliner Nazis bitter in die Glieder gefahren. Jetzt hat die Führung der Gefolgschaft den Besuch der Versammlung des "Renegaten" von Mücke ausdrücklich verboten.

Das Verbot wird damit begründet, dass man die Nazis in der Versammlung provozieren wolle, um der preussischen Regierung weiteres Material zu einem beabsichtigten Verbot der Nazi-Partei zu liefern. Dabei denkt in Preussen niemand daran, den Goebbels und Konsorten etwas zu leide zu tun. Wenn sie trotzdem gegen die Teilnahme ihrer Anhänger an der Mücke-Versammlung mit einem eventuellen Verbot der Nazi-Partei durch die preussische Regierung operieren, so zeigt das die ganze Grösse ihrer unreinen Gewissen. Umso notwendiger ist es, dass alle republikanischen Kreise für die weiteste Verbreitung der Ausführungen des Kapitänleutnants a.D. Mücke sorgen.

SPD. Stuttgart, 16. Dezember (Eig. Dr.)

Der württembergische Landtag, der am Dienstag seine letzte Sitzung vor der Weihnachtspause abhielt, lehnte die Anträge der Kommunisten und des einzigen nationalsozialistischen Abgeordneten auf Auflösung des Landtages debattelos gegen die Stimmen der Antragsteller ab.

Ein pikantes Intermezzo ereignete sich bei der dritten Lesung des neuen Diätengesetzes für die Landtagsabgeordneten. Vor Abschluss dieser Beratung lief ein Antrag des Christlichen Volksdienstes ein, der bezweckte, dass Minister, die zugleich Abgeordnete sind, vom Bezüge der Abgeordnetendiäten ausgeschlossen sein sollen. Dieser Antrag fand mit einer knappen Mehrheit Annahme. Nachträglich kam den Rechtsparteien, die zurzeit die Minister stellen, die Erkenntnis, dass es zur Annahme eines solchen Gesetzes einer verfassungsändernden Mehrheit bedurfte, da die Verfassung den Grundsatz aufstellt, dass alle Abgeordnete ausnahmslos Anspruch auf die Aufwandsentschädigung haben. Die Rechtsparteien beantragten daher eine Wiederholung der Abstimmung, die bei der gegebenen Rechtslage nicht zu umgehen war. Jetzt wurde der Antrag infolge des Umfalls des Bauernbundes, der inzwischen von seinen Ministern bearbeitet worden war, mit 38 Nein- gegen 26 Ja-Stimmen und 4 Stimmenthaltungen abgelehnt.

SPD. Am Dienstag-Abend fällte die Schlichterkammer unter dem Vorsitz des mitteldeutschen Schlichters Dr. Hauschild mit den Stimmen der Arbeitgeber einen Schiedsspruch, der die jetzige Arbeitszeit im Braunkohlenbergbau über den 1. Januar 1931 in Kraft lässt und zwar mit einer sechswöchentlichen Kündigungsfrist zum 31. August 1931. Die Erklärungsfrist für die Parteien läuft am 22. Dezember dieses Jahres ab.

Dieser Schiedsspruch ist ein Skandal. Er zeigt nicht das mindeste Verständnis für die soziale Lage der Braunkohlenarbeiter. Es erscheint schon deshalb notwendig, dass der Schlichter für den von ihm gefällten unverständlichen Spruch die Begründung nicht erst nachträglich, sondern sofort der Öff-

fentlichkeit übermittelt. Der Braunkohlenbergbau, der in den letzten Jahren eine glänzende Entwicklung sowohl in wirtschaftlicher wie finanzieller Hinsicht zu verzeichnen hatte, würde nach dem neuen Schiedsspruch die längste Schichtzeit im deutschen Bergbau erhalten. Trotzdem die Argumente der Gewerkschaften von den Unternehmern nicht widerlegt werden konnten, erfüllte man die Wünsche der Arbeitgeber zu 100 Prozent und zwar ohne jede Rücksicht darauf, dass zur Zeit bald vier Millionen Menschen arbeitslos sind. Bezeichnend ist, dass während sonst die Laufdauer von Arbeitszeitregelungen für ein Jahr und darüber festgelegt wurde, man diese jetzt auf den 31. August des nächsten Jahres begrenzte.

Die Gewerkschaften werden den Schiedsspruch ablehnen!

SPD. Rom, 16. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der letzte amtliche Bericht über die Arbeitslosigkeit in Italien weist eine Zunahme um 90 000 Personen auf. Insgesamt dürften in Italien zur Zeit etwa 1,5 Millionen Personen erwerbslos sein.

SPD. Im Berliner Rundfunk und auf der Deutschen Welle hielt am Dienstag-Abend der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Prof. Nölting ein Zwiegespräch mit dem nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Dr. Feder über Sozialismus und Nationalsozialismus.

Feder, der Kardinalstaatssekretär der NSDAP. für ökonomische Fragen, bekräftigte mit seinen Ausführungen im Rundfunk nochmals seine sensationelle Antwort an den Volksparteiler Dingeldey im Reichstag Anfang Dezember. Die Antwort Feders an Dingeldey trifft wirklich ins Schwarze: man hat keine Ursache, den Nationalsozialisten irgendwie sozialistische Tendenzen zu unterstellen. Feder wandte sich in seinen Antworten an Nölting mit besonderer Heftigkeit gegen den sozialistischen Klassenkampfgedanken, der die schaffenden Kräfte in der Produktion, den Unternehmer und den Arbeiter, auseinanderreisse. Nicht dem Kapitalismus in der Produktion gelte der Kampf, sondern nur dem Leihkapital, das mühe- und arbeitslos sein Einkommen beziehe. Nölting wies diese Antwort Feders mit dem kühlen Hinweis zurück, dass, wer den Klassenkampf leugne, auch ableugnen müsse, dass es Unternehmer, Arbeiter und Bauern gebe. Der Klassenkampf sei doch nicht die Erfindung eines menschlichen Gehirns, sondern er basiere nur auf der Tatsache des kapitalistischen Systems, das eine ständige Tributabgabe der Arbeit an den Reichtum darstelle. Aus diesem Grunde erstrebe der Sozialismus die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Feder entgegnete, dass die Sozialisierung in der Produktion durch Lahmlegung des lebendigen Unternehmertums immer ins Gegenteil ausschlagen müsse und den Ertragsreichtum gefährde. Der sozialistische Klassenkampfgedanke der Internationalismus mit dem Uebergreifen der Sympathien in die anderen Länder und der Pazifismus vertieften das Misstrauen des Arbeiters gegen seine eigene Produktion und machten ihn unfähig zur Verteidigung seines eigenen Arbeitsplatzes.

Den erregten Ausfällen Feders gegen den Klassenkampfgedanken hielt Nölting ironisch entgegen, dass man sich nun endlich mal von den romantischen Vorstellungen in die Wirklichkeit begeben müsse. Ob Feder als gelernter Ingenieur nicht einsehe, dass die technische Entwicklung Grossbetriebe einfach erzwingt, ob nicht Ausbeutungschancen unter der jetzt gegebenen Eigentumsordnung nicht immer vorhanden seien, und dass es eben darauf ankomme, die jetzige Ungerechtigkeit in der Eigentumsverteilung zu beseitigen. Auch auf diese klaren Fragen konnte Dr. Feder nur mit erregten Worten gegen die grauenvollen Wirkungen der materiellen Geschichtsauffassung antworten, die den Untergang unserer gesamten Kultur mit sich bringe.

Die weitere präzise Frage Nöltings wie sich der Nationalsozialismus zu

der sozialistischen Forderung der Wirtschaftsdemokratie stelle, war offenbar Herrn Feder sehr unbequem, denn er musste darauf die Antwort schuldig bleiben. Hoffentlich hat er sich bis zum 3. Januar, an dem das Zwiesgespräch fortgesetzt wird, die Antwort überlegt. Nölting empfahl zum Schluss Herrn Feder auf dem Schild der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei das Wort "Arbeiter" zu streichen, denn Herr Feder hätte als verantwortlicher Sprecher dieser Partei wieder gezeigt, dass er wohl sehr reale Forderungen für den Industriekapitalismus habe, sobald aber die Sprache auf die Arbeiterschaft käme, verliere er sich in verschwommene Romantik.

SPD. Zürich, 16. Dezember (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag wurde in Zürich vor geladenen Gästen der Film "Im Westen nicht Neues" vorgeführt. Die bürgerliche "Neue Züricher Zeitung" schreibt dazu:

"Wir haben den Film pedantisch nach Szenen abgetastet, die deutsche Soldaten verunglimpfen könnten. Wir haben nichts, rein nichts gefunden. Er stellt auch nicht die deutsche Niederlage dar; nie pflanzt ein Franzose die Fahne über einer besiegten Stellung auf, nirgends richtet sich die Tendenz wider deutsche Soldaten, überall aber wider den Krieg, wider den deutschen, wider den französischen Krieg."

SPD. London, 16. Dezember (Eig. Drahtb.)

Auch am Dienstag war der Telephon- und Telegraphenverkehr mit Spanien gesperrt. Ebenso sind alle Draht- und Verkehrsverbindungen zwischen Spanien und Gibraltar aufgehoben. Der Berichterstatter des "Daily Herald" in Gibraltar drahtet seinem Blatt, dass auch der Versuch über Algeciras nach Spanien zu gelangen, gescheitert sei.

Von Marokko sind 3000 Legionäre nach Madrid unterwegs. General Muslera, der Generalgouverneur von Algeciras hat den militärischen Belagerungszustand und das Standgericht über die Stadt und die Provinz verhängt. Der Befehl dazu wurde der Bevölkerung durch Plakatanschläge und Trommelwirbel verkündet.

SPD. Kopenhagen, 16. Dezember (Eig. Dr.)

Der Verkehrsminister legte dem Folkething am Dienstag einen Gesetzentwurf vor, nach dem den in Not geratenen Privatbahnen zur Erneuerung ihres Materials insgesamt ein Zuschuss von 11½ Millionen Kronen zur Verfügung gestellt wird. Von den 62 dänischen Privatbahnen schliessen 42 das laufende Jahr mit Verlust ab.

SPD. London, 16. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die spanische Regierung hat die mit der Post zu versendenden Geldbeträge auf die Höchstsumme von vier englischen Pfund Sterling pro Postanweisung herabgesetzt.

Die Lage in Madrid ist nach einem zensierten Bericht des Madrider Korrespondenten des "Daily Herald" unverändert. Nach wie vor ziehen Infanterie- und Artillerieregimenter durch die Strassen. Zwei dem ehemaligen Stab von Primo de Rivera angehörende Generale sind in das revolutionäre Lager übergetreten. Der erwartete Generalstreik ist bis jetzt in Madrid unterblieben. Ohne Erlaubnis der Militärbehörde darf niemand die Hauptstadt verlassen. Die Presse steht unter Militärzensur.

Nach den letzten Meldungen breitet sich der Generalstreik von Bilbao über ganz Nordspanien aus. Sicherem Vernehmen nach ist am Sonntag in Madrid der Führer der republikanischen Bewegung Zamora verhaftet worden.

SPD. Siegburg, 16. Dezember (Eig. Dr.)

Die Mannstädt-Werke in Troisdorf bei Siegburg hatten 500 Arbeitern zum 11. Dezember gekündigt, um eine Kürzung der Stundenlöhne durchzuführen. Der Deutsche Metallarbeiterverband erhob gegen die Firma beim Arbeitsgericht Klage wegen Tarifbruch, da die im Lohn tarif aufgeführten Staffelungen für Stundenlöhne als Bestandteile des Tarifs unabdingbar seien. Das Gericht kam zu der Entscheidung, dass die Firma zwar aus individuellen Gründen im Einzelarbeitsvertrag eine Änderung der Einstaffelung innerhalb der Lohnspannen vornehmen, dagegen nicht generell zu einem allgemeinen Lohnabbau die Spanne des durchschnittlichen Verdienstes herabsetzen könne. Die Kündigung sei also ein Einbruch in den Tarifvertrag und eine Verletzung der Friedenspflicht. Damit ist die Kündigung rechtsunwirksam geworden.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Dienstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

SPD. Dresden, 16. Dezbr. (Eig. Drahtb.)

Die Verhandlungen zwischen der sächsischen Regierung und den Vereinigten Stahlwerken über das Schicksal der Gusstahlwerke in Döhlen stehen vor dem Abschluss. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen wurde am Dienstag dem Landtag vertrauliche Mitteilung gemacht. Es kann aber jetzt schon damit gerechnet werden, dass von Anfang des nächsten Jahres ab einige Abteilungen des Werkes wieder in Betrieb gesetzt werden.

SPD. Paris, 16. Dezbr. (Eig. Drahtb.)

Justizminister Chéron hat am Dienstag einen schweren Schlag gegen die Pariser Börse geführt. Kurz vor der Eröffnung der Börsensitzung veröffentlichte er ein Kommuniqué, in dem mitgeteilt wird, dass bisher 181 Bankiers und Finanzleute allein in Paris unter Anklage gestellt und 35 davon verhaftet worden seien. Die lakonische Fassung dieses Kommuniqués wurde von den aufgeregten Börsenbesuchern dahin ausgelegt, als sei im Laufe des Dienstag Vormittag eine riesige Razzia unternommen worden. Später stellte sich durch eine Berichtigung des Justizministeriums heraus, dass es sich lediglich um eine Gesamtstatistik über die Tätigkeit der Justiz bei den letzten Börsen- und Finanzskandalen handelt.

SPD. Wien, 16. Dezbr. (Eig. Drahtb.)

Im Nationalrat beantragten die Heimwehr-Abgeordneten am Dienstag mit Rücksicht auf die drohende Störung der Ruhe und Ordnung, die Aufführung des Films "Im Westen nichts Neues" zu untersagen. Alle bürgerlichen Parteien unterstützten den Antrag. Der Innenminister erklärte jedoch, dass er zu dem Antrag noch keine Stellung nehmen könne, da sich zunächst der Ministerrat mit ihm beschäftigen werde.

In der Debatte erklärte Bürgermeister Seitz, dass es nach der österreichischen Verfassung keine Zensur gebe, sodass ein Verbot unzulässig sei. Wenn es zu einer Störung kommen sollte, würden die Sicherheitsbehörden gegen den Pöbel vorzugehen wissen.

SPD. London, 16. Dezbr. (Eig. Drahtb.)

Aus den von englischen Korrespondenten noch vor der Telefonsperre aus Madrid abgesandten Berichten ist zu entnehmen, dass die revolutionäre und republikanische Bewegung ganz Spanien ergriffen hat.

Die Erhebung von Jaca war nach dem "Daily Telegraph" kein Einzelfall, sondern nur ein Glied in der langen Kette. Das gleiche Blatt meldet am Dienstag, dass der Generalstreik in Barcelona, Cadix; Santander, Sevilla, Valencia, Bilbao Jaen und San Sebastian erfolgreich durchgeführt werde. In allen diesen Städten seien republikanische Flaggen gehisst worden. Die Armee sei geteilt. Die Universitäten, die Lehrer sowie die Schüler, hätten sich den Gewerkschaften und Sozialisten angeschlossen. In allen Reden werde die Abdankung des Königs verlangt und die Errichtung der Republik gefordert, damit Spanien vor blutigen Kämpfen bewahrt bleibe. In Bilbao habe ein Regiment gemeutert. Andere Meldungen besagen, dass von Marokko fortgesetzt Militärtransporte nach Madrid abgehen. Es seien Truppen der spanischen Fremdenlegion, die sich zum grössten Teil aus Deutschen zusammensetze.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Vom Kriegsgeist.

SPD. Der Film "Im Westen nichts Neues" ist in Deutschland verboten, weil er angeblich die deutsche Niederlage darstelle, eine Beleidigung des deutschen Feldheeres enthalte und das Ansehen Deutschlands in der Welt herabzusetzen geeignet sei.

Die Gründe des Verbots in Deutschland sind fadenscheinig, aber sie lassen über die Zwecke und Absichten derer, die das Verbot herbeigeführt habe, keinerlei Unklarheit.

In Polen hat man denselben Film ebenfalls verboten, hier aber mit der Begründung, dass er eine grobe Propaganda für Deutschland und deutsches Heldentum darstelle.

Was in Berlin noch Herabsetzung deutscher Heldentaten ist, wird in Warschau schon als propagandistische Verherrlichung deutschen Heldentums gewürdigt! So kann dasselbe Ding, von zwei Seiten her betrachtet, ein vollständig anderes Gesicht zeigen!

Im Grunde genommen jedoch sieht man in Berlin und in Warschau ein und das selbe Ding, und man will ein und dasselbe mit dem Verbot treffen, nur die Begründungen sind verschieden. Von diesem Film geht eine abschreckende Wirkung aus, weil er das Gesicht des Krieges ohne Maske zeigt.

Dieses Gesicht will man der heranwachsenden Jugend, die den Krieg nicht kennt weder in Berlin noch in Warschau offen zeigen. Man will sie in fröhliche Unkenntnis der Wirklichkeit des modernen Krieges halten. In Berlin lehrt man ihnen, dass der Krieg im grossen Massstab zeigt, was die Betätigung der Nationalsozialisten im kleinen ist - zwanzig Mann stark über einen einzigen Gegner herfallen, um ihn zu Boden zu schlagen, um die Ecke herum, aus sicherem Hinterhalt politische Gegner abzuschliessen, und sehr viel Heil rufen vor den Führern. In Warschau wieder nährt man den Glauben, dass der Krieg auch nichts anderes sei, als das, was die Horden Pilsudskis in Oberschlesien und in der Ukraine gegen die nationalen Minderheiten treiben.

In dem Bild, das man der Jugend einprägen will, ist der Gegner immer schwach, immer unterlegen, und getötet, zerfetzt, vernichtet werden immer nur die anderen. Auf der eigenen Seite ist das Heldentum, das Siegesgeschrei und die Siegerpose.

Eine militaristische Propaganda, die für die heranwachsende Jugend dasselbe sein will wie für den unwilligen Soldaten der Schnaps vor der Schlacht, fühlt sich gestört, wenn daran gemahnt wird, dass der Gegner auch schießt, dass Kriegsführen Entsetzliches für die Krieger der eigenen Seite und für das eigene Volk bedeutet.

Das ist der Geist, der in Berlin wie in Warschau zum Verbot des gleichen Films geführt hat mit so entgegengesetzten Begründungen!

Gasschutz.

Hand in Hand mit dem Vordringen des Gedankens an einen neuen Krieg geht die Propaganda für den sogenannten Gasschutz. An allen Ecken und Enden werden Körperschaften und Organisationen aufgezogen, deren Zweck es sein soll, die Bevölkerung aufzuklären über ihr Verhalten bei Gasangriffen in einem kommenden Kriege und organisatorische Vorbereitungen zu Schutzmassnahmen bei kriegerischen Gasangriffen zu treffen. Die letzte Nachricht über derartige Massnahmen stammt aus Eisenach. Wenn in einer Stadt, die mitten im Herzen Deutschlands

liegt, weitab von jeder Grenze, derartige Massnahmen vorgenommen werden, noch dazu unter Beteiligung von Behörden, so muss selbstverständlich in der Bevölkerung der Glaube geweckt werden, dass alles, was von einem neuen Kriege an Bierbänken gesprochen wird, nicht nur leeres Hirngespinnst sei, sondern dass sich dahinter ernsthafte und aktuelle Gefahr verberge.

Derartige Propaganda ist im Wesen jener russischen Propaganda verflucht ähnlich, die nun schon seit Jahren die russische Bevölkerung im Zustand drohender Kriegsgefahr zu halten sich bemüht. Diese Propaganda muss eine Quelle militaristischen Geistes und militaristischer Verseuchung der heranwachsenden Jugend werden.

Man muss eine derartige Propaganda auf das ernsthafteste beobachten. Sie ist ein Symptom dafür, wie starke Kräfte am Werke sind, um den Kriegsgeist in den heranwachsenden Generationen wieder lebendig zu machen, sie verstösst auf das entschiedenste gegen jene Forderungen der Reichsverfassung, die eine Erziehung der Jugend im Geiste des Friedens und der Völkerversöhnung fordern.

Hitlers Weihnachtswunsch.

Herr Hitler hat vor seinen Schutzsturmläuten in München, das heisst vor der Prätorianergarde, deren spezielle Aufgabe es ist, über das persönliche Wohl des grossen Adolf zu wachen, eine Weihnachtsrede gehalten. In dieser Rede verkündete er seinen SS.-Leuten grosse Freude:

"Wir haben die feste Ueberzeugung, dass vielleicht schon das nächste Christfest Deutschland oder grosse Teile Deutschlands in anderer Verfassung sehen wird, und dass vielleicht das zweitmächste schon verbunden ist mit dem Läuten der Glocken, die die Freiheit begrüßen."

Die Weihnachtsverkündung des Herrn Hitler hat also den folgenden Inhalt: Im Jahre 1931 wird in Deutschland oder doch in mehreren Ländern Deutschlands die demokratisch-republikanische Verfassung durch einen nationalsozialistischen Putsch beseitigt, im Jahre 1932 wird der grosse Befreiungskrieg gegen das Versailler Diktat geführt, der noch vor Weihnachten 1932 siegreich beendet sein wird.

Da dies nicht die Prophezeiung einer Wahrsagerin aus dem Kaffeesatz ist, sondern eine offizielle Ankündigung von Herrn Adolf Hitler, hat man festen Boden unter den Füssen. Bis zu Weihnachten 1932 soll die ganze Chose also gemacht sein. Junge, Junge, geht das aber rasch!

Der Hitlerdank.

Ein Münchener Bankier namens Paul M. Simon, fuhr Anfang August im Auto von München nach Passau. Unterwegs stiess er auf zwei junge Leute, die ihm erzählten, sie wanderten von München nach Wien, seien Schüler des Wiener Schottengymnasiums und bäten ihn, sie eine Strecke im Auto mitzunehmen, da ihnen das Reisegeld ausgegangen sei. Der Münchener Bankier fuhr die beiden Jungen von Landshut nach Passau und spendierte ihnen in Passau noch ein Mittagessen.

Zum Danke dafür erhielt er am 1. Oktober die folgende Postkarte:

"Geehrter Herr Simon! Trotzdem ich Ihr rassischer Gegner bin, zwingt mich meine gesellschaftliche Stellung, Ihnen für die wunderbare Autofahrt nach Passau im August und für das gute Diner in Passau zu danken, jedoch als Nazi hasse und verfluche ich Sie. Heil Hitler! Kurt Günther."

Der wackere Hitlerjünger wird nach dem Vorbild seines Herrn und Meisters künftig weidlich über die Juden schimpfen, die die Arier bedrücken und ausbeuten.

Aus aller Welt

"Propaganda der Tat".

Die "Helden" vom zweiten Altonaer Bombenlegerprozess zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt.

SPD. Hamburg, 16. Dez. (Eig. Ber.)

Im zweiten Altonaer Bombenlegerprozess wurde am Dienstag nachmittag folgendes Urteil verkündet: Hellmann fünf Jahre einen Monat Zuchthaus, Wilamowitz-Möhlendorf fünf Jahre Zuchthaus, Hambrock ein Jahr Gefängnis (unter Anrechnung von 7 Monaten 3 Wochen Untersuchungshaft), Koch wegen Beihilfe ein Jahr Gefängnis.

Das Finanzamt in Neumünster steht noch, dem Stadthaus in Oldesloe ist nicht passiert. Die Bomben, die ihnen die Hamburger Werwolf-Leute im März in den Keller gelegt haben, waren Blindgänger. Aber es würde falsch sein, den Prozess gegen die Attentäter deshalb nicht zu beachten. Die Werwolf-Aktion war ausgesprochen aggressiv gegen die Regierung gerichtet, "gegen die Nutzniesser des Systems." Die am Montag abgeschlossenen Verhandlungen vor dem Altonaer Schwurgericht waren in mancher Hinsicht interessanter als der Riesenprozess gegen die holsteinischen Landvolk-Attentäter. Sie haben sehr grell hineingeleuchtet in die Gedankenwelt jener politischen Abenteurer, die ihre geistig nicht weiter fundierte Ueberzeugung nur mit Hilfe von Bomben auszudrücken vermögen.

Hellmann, Young und der Bürgermeister von Oldesloe.

Der geistige Urheber der ganzen Affäre war Dr. Hellmann. Chemiker, Junggeselle, Kriegsleutnant mit unverdaulichem Fronterlebnis, jetzt 34 Jahre alt und Werwolf-Gruppenführer. Ein fanatischer Grübler, voll innerer Unzufriedenheit, Kommandowut und Tatendurst. (Schade, sagt der Staatsanwalt, für solche Leute hätten wir die Kolonien brauchen können.) In der Voruntersuchung schon hat er alle Schuld auf sich genommen: "Ich allein trage die Verantwortung. Es war meine Idee Bomben zu legen am Tage der Youngplanunterzeichnung. Wir wollten demonstrieren gegen den Verrat am Volke, gegen die Nutzniesser des Systems, die kein Interesse daran haben, die äussere Unfreiheit der Nation zu ändern!" So romantisch malt sich in diesen Köpfen die Politik. Während an der aussenpolitischen Front in ja relangen heissen Kämpfen um jedes Blatt des Friedensvertrages gerungen wird, geht so ein Wirrkopf hin und legt - ausgerechnet dem Bürgermeister von Oldesloe - eine Bombe in den Keller. Diese Bombe enthielt übrigens fünf Kilo Ammonit: ein Glück, dass die Zündung versagt hat! Denn über dem Keller lag das Schlafzimmer des Bürgermeisters.

"Das Ding von August".

Wilamowitz hat eine Bombe in Neumünster gelegt. Sein Vater war Husarenoberst. Der Junge wurde Seekadett, im Krieg war er U-Bootsoffizier. Aber als der Krieg zu Ende war, wusste er nicht recht weiter. Mit Kameraden fuhr er auf geteilte Rechnung einen Schoner in der Ostsee, gründete dann mit ihnen die längst vergessene "Atlantic-Reederei", ging zur Schwarzen Reichswehr, wieder zur See, hinauf nach Oberschlesien und schliesslich in die vaterländischen Verbände. Und dann war er eines Tages halb bezahlter Geschäftsführer beim Werwolf. Bombenleger schien ihm zwar "Blödsinn" zu sein. Aber er machte sofort mit, als er davon hörte und legte ohne Skrupel das Teufelsei in Neumünster. Und als ihm

Hellmann eines Tages einen Gepäckschein gab, holte er getreulich den dritten Koffer mit der Reservebombe vom Dammtorbahnhof in Hamburg, trug ihn zu Kienitz und sagte: "Da ist das Ding von August!" Und dieser Kienitz, Prokurist in einer Papierfabrik, dem ein Kamerad mit gutmütiger Ironie die "spießbürgerliche Veranlagung" bescheinigt, schloss den Koffer wortlos in seinen Kontorschrank. August hatte es befohlen. Da war nichts zu fragen. Da nahm man die Finger längs=seits. August: - Dr. Hellmann....

Jahrgang 1902 geht in die Lehre.

Auch die junge Generation darf in diesem Bilde nicht fehlen. Da ist der Jahrgang 1902. Nachkriegsjugend: Ammermann und Koch. Sicher ganz ordentliche Jungens, denen die militärische Heimlichkeit zunächst Spass machte. Es war ein begeistertes Strammstehen. Man hat ihnen oft gesagt, dass bald "etwas passiert". Das machte sie teils stolz, teils bedenklich. Dr. Hellmann hat dem jungen Ammermann (er kam gerade zur Schule als der Krieg anfang!) seine Bomben erklärt und hat ihm die Sprengkapseln in die Hand gedrückt: es ist gut, wenn noch einer Bescheid weiss! Der Junge sollte die dritte Bombe hochgehen lassen, nach Hellmanns Verhaftung allerdings erst. Aber als es so weit war, stahl er sich abends auf die Hamburger Lombardsbrücke und warf den Zünder in die nachtschwarze Alster.

Militärische Schwüre.

Kleines Momentbild: Unter vielen biederen Zeugen aus der Provinz eine kleine Gruppe "deutscher Männer". Kienitz, kleiner cholischer Vierziger, steht zusammen mit einem lang aufgeschossenen Jungen vor dem Richtertisch. Die beiden sollen vereidigt werden. Sie erledigen das auf militärisch-stramme Art: Hacken zusammen, Schwurhand hoch, ruckzuck! Feierliche Handlung beendet: Ganze Abteilung kehrt! - Eine Welt tut sich auf, wenn man das sieht. Die Welt derjenigen, die auch so gerne stramm stehen, Disziplin ist eine schöne und notwendige Sache, aber ein wenig Geist gehört schon dazu. Sonst gibts nur Unglück, wie diese Bombenaffäre. Die immer betonen, dass sie allein die aufrechten, die wahren Deutsche sind, mögen doch um Gottes willen bedenken, dass Millionen andere auch im Granat=trichter gelegen haben, die nicht weiter darüber reden. Dass Millionen andere auch unter dem deutschen Schicksal leiden und - keine Bomben legen!

"...- Scheibe zerkrache!"

Zum Schluss erst haben die beiden Führer das Visier ganz gelüftet. Eine Woche lang sassen sie stumm und undurchdringlich in ihrem Anklagekasten. Dann, nachdem alle gesprochen hatten, Staatsanwälte und Verteidiger, erhob sich Hellmann und wischte - scharfe fanatische Stirnfalte - die ganze trocken=juristische Diskussion aus und stellte sich breit und selbstbewusst vor die geknickten Verteidiger: "Jede Gewalttat ist an sich schon wirksam. Die Reden bei der Parlamentseröffnung hat niemand beachtet, aber das Klirren der Fensterscheiben an den Warenhäusern ist in der ganzen Welt gehört worden! Menschenleben wollten wir nicht gefährden, weil es ja nur auf untergeordnete Behörden abgesehen war. Wir wollten Angst und Schrecken verbreiten. Wenn ich allerdings bei meinen Anschlägen einen der führenden Männer hätte treffen können, würde ich bestimmt keine Rücksicht auf Menschenleben genommen haben!"

Bei dieser Aussage war es unheimlich still im Saal.

Bombenromantik.

Um nicht so grauenhaft abzuschliessen: Auch der Angeklagte Wilamowitz-Möllendorf hat dann noch gesprochen! Die Anklage stützte sich auf ein 50jähriges Gesetz, sagt er. (Ironie der Geschichte übrigens, dass Bismarcks Dynamitgesetz sich heute gegen seine Verehrer wendet!) Er stütze sich auf ein hundert=jähriges, auf die preussische Befreiungspareole von 1813: "Die Ernte in den Scheunen ist zu verbrennen, die Aehren auf dem Felde sind zu vernichten. Die Not des Vaterlandes heiligt jedes Mittel!" Tatsächlich, sie sind hundert Jahre zurück! Sie leben in Treitschkes Geschichtenbuch wie Knaben im Lederstrumpf. Frisch auf mein Volk, Dr. Hellmanns chemische Flammenzeichen rauchen! Und sollte ganz Deutschland darüber in Schönheit vergehen....

+ + +

Hakenkreuzpöbel als Kulturdiktator? Der bekannte Berliner Regisseur Max Reinhardt hat unter dem Terror des nationalsozialistischen Strassenmobs die für die nächste Zeit im "Deutschen Theater" von ihm selbst geplante Inszenierung des Bühnenwerks "Mahagonny" von Brecht und Weill bis auf weiteres zurückgestellt. Das heisst, dass das Werk vorerst im Archiv der Dramaturgie verschwinden wird.

+ + +
Frauenmord in Berlin. Bei der Obduktion einer am 13. Dezember aus dem Landwehrkanal gezogenen weiblichen Leiche stellte sich heraus, dass der Tod der betreffenden Frau, die als eine Frau Alma Enge aus Berlin-Neukölln identifiziert wurde, nicht durch Ertrinken, sondern durch Erwürgen eingetreten ist. Der Verdacht der Tat lenkte sich auf den Ehemann der Ermordeten, der seltsamerweise keine Vermisstenanzeige erstattet hat. Da der Arbeiter Willi Engel mit seiner Frau in keiner glücklichen Ehe lebte, besteht die Möglichkeit, dass er Alma Engel erwürgt und die Leiche ins Wasser geworfen hat.

+ + +
Schneesturm in Polen. In Polen wütet seit Tagen ein furchtbarer Schneesturm. Zum Teil liegt der Schnee bereits zwei Meter hoch. Mehr als 40 Züge liegen zur Zeit auf der Strecke. Die Telefon- und Telegraphenleitungen sind zum grossen Teil gestört.

+ + +
Zwei Dörfer eingeäschert. In den ostpolnischen Dörfern Krasne und Palunce brach eine Feuersbrunst aus, durch die fast sämtliche Häuser und Wirtschaftsgebäude ein Raub der Flammen wurden.

+ + +
45 000 Mark unterschlagen. Der Kassierer Joseph Eberle beim Füssener Spar- und Darlehensverein in Füssen unterschlug 45 000 Mark Gemeinde- und Vereinsgelder. Der Täter stellte sich dem Untersuchungsrichter selbst.

+ + +
Hinrichtung der "Baby-Banditen". Auf dem elektrischen Stuhl in Sing-Sing, dem New Yorker Staatsgefängnis, wurden der 19jährige James Bolger, der 20jährige James R. Butler und der 22jährige Italo Fernandi, die wegen der Ermordung und Beraubung eines Apothekers zum Tode verurteilt worden waren, hingerichtet. Im amerikanischen Volksmund wurden die drei jugendlichen Verbrecher als "die Baby-Banditen" bezeichnet. Mit unglaublicher Kaltblütigkeit sollen die jungen Bur-schen den Todesstuhl betreten haben.

+ + +
Drama der Zeit. In Berlin-Steglitz tötete ein stellungsloser Chemigraph seine um 20 Jahre jüngere Frau im Schlaf durch einen Schuss in die Schläfe. Der Täter erhängte sich dann am Fensterkreuz. Ursache des Dramas: wirtschaftliche Not.

+ + +
Revolverkugeln als Dessert. In New York wurde Nikolas Luciano, dessen Zeugenaussagen die drei bekannten Verbrecher Morris, Farina und Joseph Diamond auf den elektrischen Stuhl brachten, von sieben ihm unbekanntem Personen, drei Männern und vier Frauen, in ein Restaurant eingeladen. Als die Gesellschaft, nach beendeter Mahlzeit gerade in bester Stimmung war, sprang einer der Männer plötzlich auf und rief Luciano zu: "Jetzt werden wir Dir's geben!" Ehe Luciano noch recht zur Besinnung kam, streckte ihn ein Hagel von Revolverkugeln nieder. Dann eilte die Bande in bereit gestellte Autos und war längst verschwunden, als die Polizei am Tatort erschien.

Bata in Deutschland.

SPD. Wie unwirksam das "Allheilmittel" der Zollmauern gegen die Konkurrenz der ausländischen Industrie ist, zeigt die Tatsache, dass es dem tschechischen Schuhfabrikanten Bata trotz aller Widerstände gelungen ist, in Schlesien ein fast 700 Hektar grosses Gelände zu erwerben, auf dem er in Deutschland selbst eine Schuhfabrik errichten wird.

Der Name Bata bedeutet ein vielumstrittenes Programm: neue Methoden der Produktion, neue Methoden der Kalkulation, neue Methoden der Warenverteilung, ungewohnte Methoden der Arbeitsverteilung und ein überaus umstrittenes Arbeitssystem. Batawerk in Zlin: 1894: 50 Arbeiter, 1914: 3000 Arbeiter, 1928: 12 000 Arbeiter, tägliche Produktionskapazität: 75 000 Paare.

Ursprünglich eine kleine Werkstatt, die, in einer der ärmsten Gegenden der Tschechoslowakei errichtet, dort mit den althergebrachten Mitteln und zum grössten Teil mit Heimarbeitern Schuhe herstellte, wurde das Werk mit Hilfe von Erfahrungen, die Bata im Ausland gesammelt hatte, schnell erweitert und mit modernsten Maschinen ausgestattet. Die Belegschaftszahl stieg und noch schneller stieg die Produktionsziffer. Der Krieg kam und mit ihm Heereslieferungen, die Nachkriegszeit kam und mit ihr die Notwendigkeit für Bata, seinen erweiterten Produktionsapparat auch weiterhin auszunutzen. Es begann die Eroberung des tschechischen Binnenmarktes und, 1922, als erster Auftakt zur Einführung des "Systems" eine plötzliche Senkung des Verkaufspreises der Bata Schuhe um 50%, bei einer gleichzeitigen Lohnkürzung um 4%. Diese Massnahme fand im Augenblick der Stabilisierung der tschechischen Währung statt, bei der die Tschechenkrone ihren Wert verdoppelte. Die Preisherabsetzung hatte einen unerwarteten Erfolg. Das neue "System" brachte Bata Aufstiege. 1923 beschäftigte er 1800 Arbeiter und konnte täglich 8000 Paar Schuhe herstellen. 1924 waren es 3000 Arbeiter und 14 000 Paar Schuhe, 1925: 4 500 Arbeiter und 25 000 Paar Schuhe, 1926: 6000 Arbeiter und 35 000 Paar Schuhe, 1927: 8000 Arbeiter und 55 000 Paar Schuhe. Ende 1928 beschäftigte er insgesamt 12 000 Arbeiter; sein Betrieb hatte eine tägliche Produktionskapazität von 75 000 Paar Schuhen.

In fünf Jahren stieg die durchschnittliche Produktion je Arbeiter von weniger als 4 1/2 Paar Schuhen auf mehr als 6 1/2 Paar täglich. Der Durchschnittspreis für die Schuhwaren sank in derselben Zeit: von 220 Tschechen-Kronen im Jahre 1922, dem Jahr der Stabilisierung, fiel der Preis auf 119 Kronen im Jahre 1923, 99 Kronen im Jahre 1924, 79 Kronen im Jahre 1925, 69 Kronen im Jahre 1926 und 53 Kronen im Jahre 1927.

Erstes Merkmal des Systems ist die vertikale Konzentration. Vom Mauerstein bis zur fertigen Fabrik, vom Holznagel, Kleister, Farbtopf bis zum fertigen Schuh, von der Papier- und Kartonfabrik bis zur fertigen Verpackung ist alles Eigenprodukt. Der Zwischenhandel wird grundsätzlich ausgeschaltet. Bata kauft seine Häute in Südamerika; seine Kohle in Oberschlesien, das kaum 200 Kilometer von Zlin entfernt ist, seine Textilwaren in grossen Fabriken.

Zweites Merkmal des Systems ist die bis ins letzte ausgebaute, betriebstechnische und produktionsmässige Planwirtschaft. Kein Rohmaterial wird gekauft, kein Artikel verarbeitet, kein Schuh hergestellt, bevor nicht die Sicherheit besteht, dass er verkauft wird. Jeder Vertreter Bata muss halbjährlich mitteilen, welches Schuhmodell die beste Verkaufsaussicht hat. Ist dann auf Grund

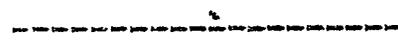
dieser Angaben das Modell für die Saison entworfen, so ist jeder Vertreter gehalten, die Menge von Schuhen anzugeben, die er zu übernehmen gedenkt. Erst nach Einlaufen sämtlicher Bestellungen wird der Produktionsplan aufgestellt.

Drittes Merkmal: Selbständigkeit der Werkstätten! "Das reine Lohnverhältnis", sagt Bata, "ist keine gesunde Basis für produktive und erfolgreiche Arbeit". Er erstrebt deswegen "die Umwandlung des arbeiterisch-lohnmässigen Denkens" in ein "unternehmerisches Denken". Bei vollendeter Durchbildung des Grundsatzes der Arbeitsteilung will Bata trotzdem dem Arbeiter, der jedes Teilstück des Schuhs herstellt, die Verantwortung für das Werkstück aufbürden, das der frühere Handwerker hatte, der Arbeiter, Gewerbetreibender und Kaufmann zugleich war. Bata bewerkstelligt dies, indem er im Rahmen des Produktionsplanes jede Werkstatt die Roh- bzw. Halbfertigprodukte von der ihr im Produktionsprozess vorhergehenden Abteilung kaufen lässt. Die Werkstatt, der neben dem Fabrikationsmaterial auch die laufenden Kosten für elektrischen Strom, Beleuchtung, Heizung, Wasser, Unkosten usw. angerechnet werden, hat alles Interesse daran, das Material mit der grösstmöglichen Sorgfalt zu bearbeiten; denn die nächstfolgende Werkstatt ist befugt, jede Ausschussware zurückzuweisen.

Die Nachteile, die dieses System für den Arbeiter hat, liegen auf der Hand: bis ins letzte rationalisierte Betriebsführung, höchste Ausnutzung des maschinellen wie des menschlichen Apparates, dazu Abwälzung eines grossen Teils des geschäftlichen Risikos auf den Arbeitnehmer.

Hinzu tritt eine zwangsweise Bindung des Arbeiters an den Betrieb, eine Bindung, die durch ein kompliziertes System der Gewinnbeteiligung herbeigeführt wird.

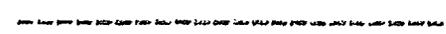
Man hat Bata nicht hindern können, in Deutschland Fuss zu fassen. Als der preussische Staat, der sich allein von Rücksichten leiten liess, der oberschlesischen Bevölkerung Arbeitsgelegenheit zu beschaffen, an Bata Gelände verkaufen wollte, setzte eine ungeheure Hetze gegen ihn ein. Das Projekt zerschlug sich. Aber Bata hat, wie wir vorausgesagt haben, sein Gelände auch woanders kaufen können. Daran hat man ihn nicht gehindert. Die Gewerkschaften werden ihn aber daran hindern, in Deutschland mit den Methoden zu produzieren, mit denen er in seiner Heimat weltberühmt und weltberüchtigt geworden ist.



SPD. Die Ernte 1930 stellt sich in Preussen nach den Erhebungen des Preussischen Statistischen Landesamts wie folgt:

	1930	1929	1913
	in Millionen Tonnen		
Winterroggen	5,6	6,0	7,3
Sommerroggen	0,04	0,05	0,06
Winterweizen	2,0	1,7	2,2
Sommerweizen	0,2	0,1	0,3
Wintergerste	0,3	0,2	0,07
Sommergerste	1,2	1,4	1,5
Hafer	3,8	5,2	5,7
Kartoffeln	31,9	26,5	30,5
Zuckerrüben	11,3	8,5	10,4

Die Angaben für 1913 betreffen das heutige Reichsgebiet. Nach der Erhebung haben wir es mit einer mittleren Brotgetreideernte, mit einer schlechten Haferernte, aber mit einer Rekordernte an Rüben und Kartoffeln zu tun.



SPD. Die Reichsregierung hat sich am Dienstag abermals mit der Frage einer Preissenkung für Markenartikel beschäftigt. Nach den Vorschlägen des Reichswirtschaftsrats hat man der Markenartikelbranche Zeit gelassen, eine entsprechende Preisermässigung, die etwa 8 bis 10% betragen soll, durchzuführen. Die gestellte Frist ist verflissen. Die Markenartikelfabrikanten denken nicht an eine Preisermässigung. Teilweise erhalten ihre Kunden, wenn sie Preisermässigung anregen, seltsame Antworten. so z.B. : die Rohstoffe seien ja wohl im Preis gefallen, aber das sei alles durch höhere Löhne ausgeglichen worden. Das sagt man im Zeichen eines brutalen Lohnabbaus.

Wie hat sich nun eigentlich die Preissenkung auf den Rohstoffmärkten ausgewirkt? Mit dieser Frage beschäftigt sich die Zeitschrift des Verbandes Deutscher Waren- und Kaufhäuser und wir müssen schon sagen, dass hier von fachmännischer Seite äusserst interessante Mitteilungen gemacht werden. Herausgegriffen wird u.a. der Preis für Margarine. Der Margarinepreis ist seit Jahren in Deutschland ein Kartellpreis, der sich seit 1928 so gut wie gar nicht verändert hat. Eine im Herbst 1929 vorgenommene Preissenkung von 1,8% hat sich bei den Konsumenten nicht ausgewirkt. Nun sind nach den Messziffern des Statistischen Reichsamtes seit Oktober 1929 die Rohstoffe für die Margarinefabrikation wie folgt zurückgegangen:

Palmöl	um 40%	Erdnussöl	um 26%
Kokosöl	um 30%	Talg bis	31%
Leinöl	um 38%		

Auch Kopra und Sojabohnen weisen gegenüber 1928/29 einen 40%igen bzw. 18%igen Rückgang auf. Dieser nachgewiesene durchschnittliche Rohstoffpreissrückgang von 32 bis 33% wirkt sich in der Kalkulation bei einem sehr erheblichen Prozentsatz der Gestehungskosten, nämlich bei 2/3 aus. Die Durchschnittskalkulation für Margarine mittlerer Qualität setzt sich nämlich wie folgt zusammen:

	Schwankungen	üblicher Durchschnitt
Rohstoffe	58 - 71%	66%
Generalunkosten	21 - 33%	25%
Löhne	1 - 4%	3,5%
Frachten	4 - 7%	5,5%

Bei einem Verkaufspreis von 1 Mark pro Pfund Margarine würde sich also infolge des erwähnten 32-33%igen Rückgangs eine Preisermässigung von 21 Pfennigen ergeben. Dieser ist nicht eingetreten. Wir warten immer noch darauf.

Ähnlich steht es bei den Seifefabrikaten. Hier und da sind allerdings Preisabschläge erfolgt. Die Masse der Produzenten jedoch verharret leider noch immer bei den überhöhten Preisen und doch ist hier der Anteil des Rohstoffes am Endprodukt - Kernseife ist normalerweise zu 62% aus Oel und Fettsäure, zu weiteren 31% aus Wasser zusammengesetzt - ein sehr erheblicher.

Toll steht es um die Preise der Schokoladenerzeugnisse. Während der Rohkakaopreis heute fast 54% des Vorkriegsstandes und der Preissrückgang von Oktober 1929 bis Oktober 1930 allein 30% beträgt, hat man bei den Preisen bis jetzt noch nichts gemerkt. Nur einzelne lose Sorten machen davon eine Ausnahme. Dort hat sich der Rückgang der Rohstoffpreise so ausgewirkt, dass eine Preisermässigung von 11 bis 15%, in einzelnen Fällen noch mehr, eingetreten ist. Der Rohkakaopreis (100 Kilogramm Accra, good fermented), kostete 1913 115 Mark, 1927 = 143 Mark, im Januar 1929 = 94 Mark und im Oktober 1930 = 62 Mark. Innerhalb des letzten Jahres ist eine Reduktion von über 30% eingetreten. In diesem Jahr sind auch die Löhne abgebaut worden. Man soll uns kein Märchen erzählen und behaupten, man könne deshalb, weil man höhere Löhne zahlen müsste, seine Schokolade nicht billiger verkaufen.

Die von uns angeführten Beispiele sind nur Proben vieler Möglichkeiten für eine ganz erhebliche Preissenkung.

SPD. Der Deutsche Städtetag teilt über die Entwicklung der Kartoffelpreise in den deutschen Städten folgendes mit: "Die Untersuchungen der Reichsforschungsstelle geben zum ersten Mal ein einwandfreies Bild von der Bewegung der Kartoffelpreise und -preisspannen im ganzen Reich. Vom Oktober bis zur ersten Dezemberwoche haben danach im Reichsdurchschnitt die Erzeugerpreise eine saisonübliche Steigerung von 16 Pfennig je Zentner erfahren. Dagegen ist die Handelsspanne um 52 Pfennige gesunken, so dass der Verbraucherpreis um 36 Pfennige je Zentner verbilligt worden ist. Der Aufschlag des Handels betrug im Oktober 112%, im November 93%, und in der ersten Dezemberwoche 80%."

Danach hat die Aktion zu einem Erfolg geführt. Das gilt aber nicht allgemein. Ein Blick in die Statistik beweist, dass sich in vielen Städten die Spannen äusserst starr verhalten. Hier müsste ein Appell an die Öffentlichkeit nachhelfen.

SPD. Die Brüsseler Zuckerkonferenz hat zu einem Teilergebnis geführt. In Brüssel standen die Rohrzuckerfabrikanten, besonders Kuba und Java, den Rübenzuckerproduzenten, Deutschland, Polen, Belgien, Ungarn und Tschechoslowakei, gegenüber. Zwischen den Rohrzuckerfabrikanten war schon vorher eine Einigung formaler Art zustande gekommen und zwar hatte Java sich bereit erklärt, seine Ausfuhr von einem Schiedsspruch abhängig zu machen.

Die Verhandlungen mit den Rübenzuckerfabrikanten gingen von dem Grundsatz aus, die europäische Ausfuhr um etwa 15% zu senken. Man kam schliesslich zu einer Ausfuhrquote von 1,229 Millionen Tonnen. Davon sollen auf die Tschechoslowakei 590 000, auf Polen 319 000, auf Ungarn 85 000, auf Belgien 35 000 und auf Deutschland 200 000 Tonnen entfallen. Die Regelung wurde mit einigen Änderungen von allen europäischen Zuckerproduzenten mit Ausnahme Deutschlands anerkannt. Deutschland fordert für 1931 eine Ausfuhrquote von 450 000 Tonnen und für die nächsten Jahre eine Quote von 350 000 Tonnen. Nach Lage der Dinge wird man also mit Deutschland weiter verhandeln müssen.

Deutschland hat selbstverständlich das grösste Interesse an einer Einigung. Der gegenwärtige Export Deutschlands an Zucker dürfte uns pro Jahr etwa 130 Millionen Mark kosten. Das sind Verluste, die sich für längere Zeit nicht tragen lassen.

SPD. Die Arbeitsgemeinschaft der eisenverarbeitenden Industrie (Avi) hat sich am Dienstag mit der Frage der Eisenpreise beschäftigt und ihre Stellungnahme in äusserst scharfer Weise formuliert. Es wird darauf hingewiesen, dass bereits zahlreiche Betriebe der eisenverarbeitenden Industrie zur Stilllegung gezwungen wurden. Die Lage von tausenden anderer Betriebe sei bedroht. Bei dieser Lage seien, wie der Reichswirtschaftsrat zutreffend feststellt, die gegenwärtig hohen Eisenpreise des Inlands gegenüber denen des Weltmarktes für die gesamte deutsche Wirtschaft untragbar. Für die deutschen eisen- und metallverarbeitende Industrie mit ihren mehr als 100 000 Unternehmungen und 2,5 Millionen Beschäftigten sei die Senkung ihrer Materialpreise von unmittelbarer entscheidender Bedeutung. Sie erwarte von der Eisenindustrie die alsbaldige Vornahme einer so grossen Preissenkung für Rohstahl und Walzeisen, dass jede die Kauflust bisher hemmende Spekulation auf weitere Preissenkung von vornherein ausgeschaltet wird. Deshalb halte sie eine Senkung der innerdeutschen Eisenpreise allermindestens auf das Mass von Weltmarktpreis plus Zoll und plus Fracht für spätestens Anfang Januar notwendig. Auf weitere Sicht müsse aber darüber hinaus die allmähliche Beseitigung der Differenz zwischen den deutschen Inlandspreisen und den Weltmarktpreisen für Eisen angestrebt werden.

Der Stellungnahme der eisenverarbeitenden Industrie kommt grösste Bedeu-

tung, zu. Da die Eisenindustrie eine Eisenpreissenkung, wenigstens in dem Ausmass, wie sie von der Avi gefordert wird, abgelehnt hat, liegt es an der Regierung, die Wirtschaftsnotwendigkeiten Rechnung tragen muss. Es kommt alles darauf an, ob die Regierung das Eisenpreisdiktat der Schwerindustrie brechen will und brechen kann.

SPD. Der vom Statistischen Reichsamt errechnete Aktienindex (1924-1926 = 100) stellt sich für die Woche vom 8. bis 13. Dezember 1930 auf 88,3 gegenüber 90,4 in der Vorwoche, und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 82,1 (85,0), Gruppe Verarbeitende Industrie auf 77,7 (79,5) und Gruppe Handel und Verkehr auf 112,4 (114,2).

Berliner Viehmarkt.

(16. Dezember.)

SPD. Die Verkäufer am Schweinemarkt versuchten, am Dienstag die Tendenz des letzten Marktes zu halten, und forderten höhere Preise. Diese konnten kaum durchgesetzt werden. Die Käufer verhielten sich äusserst zurückhaltend. Der Kälbermarkt war besser beschickt als der Rinder- und Hammelmarkt. Auf dem Rindermarkt war grössere Nachfrage nach Bullen vorhanden. Auf dem Hammelmarkt zogen die Preise in allen Klassen an.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
Kühe: a) 40 - 45 (voriger Markt 40 - 46), b) 30 - 37 (30 - 37), c) 25 - 28 (25 - 28), d) 20 - 24 (20 - 24). Kälber: a) -, b) 68 - 75 (68 - 76), c) 60 - 68 (60 - 66), d) 40 - 55 (40 - 55). Schweine: a) (über 300 Pfund) 58 - 61 (60 - 61), b) (240 - 300 Pfd.) 59 - 61 (59 - 60), c) (200-240 Pfd.) 58 - 61 (58 - 60), d) (160-200 Pfd.) 57 - 59 (56 - 58), e) (120 - 160 Pfd.) 54 - 56 (54 - 55), f) (unter 120 Pfd.) - (-), g) (Sauen) 53 (52 - 53.)

Amtliche Kartoffelnotierungen.

(16. Dezember.)

SPD. Amtliche kartoffelerzeugerreise, Berlin, je Zentner waggonfrei ab märkische Stationen: Weisse 1,- bis 1,15, Rote und Odenwälder Blaue 1,20 bis 1,35, andere gelbfleischige Kartoffeln 1,40 bis 1,60 Mark. Fabrikkartoffeln 5 bis 6 Pfennige je Stärkeprozent.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 16. Dez.: I. 141 Mark, II. 128 Mark, III. 112 Mark je Zentner. Tendenz: fest.

Auch Roggen fester.

(Berliner Getreidebörse vom 16. Dezember)

SPD. Während sich am Vortage nur für Weizen eine festere Stimmung bemerkbar machte, konnte sich diese Festigkeit am Dienstag auch auf Roggen ausdehnen. Am Markte der Zeitgeschäfte gewann Roggen für alle Sorten etwa $1\frac{1}{2}$ bis 2 Mark und in gleichem Umfange konnten auch die Weizennotierungen wieder anziehen. In effektiver Ware war das Angebot sehr knapp. Gleichzeitig machte sich recht grosse Nachfrage der Mühlen und Händler bemerkbar, sodass auch hier die Notierungen für beide Brotgetreidearten um etwa $\frac{1}{2}$ bis 1 Mark in die Höhe gingen. Am Mehlmarkt war die Stimmung ziemlich lustlos. Etwas besser war der Abzug in Weizenmehl zu unveränderten Preisen. Leichte Preiserhöhungen für Roggenmehl, die von den Mühlen versucht wurden, liessen sich nicht durchsetzen. Für Hafer war die Stimmung freundlicher, sodass teilweise etwas mehr bezahlt wurde.

	15. Dezember.	16. Dezember.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	243 - 245	245 - 247
Roggen	154 $\frac{1}{2}$ - 156	156 - 157 $\frac{1}{2}$
Braugerste	202 - 219	202 - 219
Futter- und Industriergerste	190 - 194	190 - 194
Hafer	140 - 145	141 - 147
Weizenmehl	29,00-36,75	29,00-36,75
Roggenmehl	23,50-26,75	23,60-26,75
Weizenkleie	10,00-10,25	9,75- 10,25
Roggenkleie	9,00- 9,50	9,00- 9,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 262 plus Geld (Vortag 260 $\frac{1}{2}$), März 274 (271 $\frac{3}{4}$), Mai 284-283 $\frac{3}{4}$ (282), Roggen Dezember 176 $\frac{1}{2}$ (174 $\frac{1}{2}$), März 185 plus Geld (181), Mai 192 (190 $\frac{1}{2}$), Hafer Dezember 159 $\frac{1}{2}$ (156 $\frac{1}{2}$), März 171-170 (165 $\frac{1}{2}$), Mai 180 $\frac{1}{2}$ -180 Brief (178).

Rauhfutternotierungen.

(Berlin, 16. Dez.)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen).....	RM	0,70 - 0,80
" Weizenstroh	"	0,60 - 0,70
" Haferstroh	"	0,60 - 0,70
" Gerstenstroh	"	0,60 - 0,70
Roggen-Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt.....	"	0,75 - 0,95
Bindfadengepresstes Roggenstroh.....	"	0,70 - 0,85
" Weizenstroh.....	"	0,60 - 0,75
Häcksel	"	2,45- 2,60
Tendenz ruhig.		
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	"	1,30 - 1,70
Gutes Heu, gesund und trocken	"	1,80 - 2,30
Thymothee, lose.....	"	2,85 - 3,15
Kleeheu, lose.....	"	2,60 - 3,00
Mielitz-Heu, (Warthe) lose.....	"	1,60 - 1,80
" " (Havel) "	"	1,20 - 1,50
Drahtgepresstes Heu.....	pf.	40 über Notiz
Tendenz still.		

Gewerkschaftliche Rundschau ✂

Gewerkschaften gegen Lohnüberspannung?

Ein plumper Schwindel.

SPD. Durch die bürgerliche Provinzpresse macht ein aus zwei Notizen bestehender Unfug die Runde, durch den der Eindruck erweckt werden soll, als ob nunmehr die Gewerkschaften zugestehen, dass die Wirtschaftskrise durch Lohnüberspannung entstanden sei. Die eine Notiz lautet:

"Dass die Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Lohnsenkung auch unter den Gewerkschaftsführern stark verbreitet ist, zeigt ein Aufsatz in der von Leipart redigierten Zeitschrift "Die Arbeit", der zum Problem "Lohn und Zins" Stellung nimmt. In dieser Zeitschrift, die nur für die Gewerkschaftsangestellten bestimmt ist ("Die Arbeit", Aprilheft 1930) heisst es: "So sehen die einen die Höhe des Lohnes, die anderen die Höhe des Zinsfusses als Ursache der Arbeitslosigkeit an, während wir versuchen wollen zu zeigen, dass die Ursache der Arbeitslosigkeit in der gleichzeitigen Höhe von Lohn und Zinsfuss liegt... Der deutsche Produktionsapparat befindet sich zu einem Teil in einem Zustand, der bei der gegenwärtigen Lohnhöhe, in Verbindung mit anderen Kostenfaktoren, nicht rentabel arbeiten kann. Will man die Arbeitslosen in den vorhandenen Produktionsapparat eingliedern, so müssen die oben genannten Kostenfaktoren, Lohn (einschliesslich sozialer Lasten) und Steuern gesenkt werden."

Die zweite - mit der ersten verkoppelte - Notiz hat folgenden Wortlaut: "Der SPD-Führer Cohen-Reuss, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, war von den Bezirksverbänden Rheinlands und Westfalens des Reichsverbandes für Herren- und Knabenkleidung eingeladen worden, in ihrer Tagung am 20. November über wirtschaftliche Fragen zu sprechen. Nach dem Bericht der "Kölnischen Zeitung" vom 21. November führte Cohen aus: "Die Ueberspannung der öffentlichen Lasten, die Aufbauschung der Verwaltung und die zu hohen Löhne sind einige Ursachen der Verhältnisse in Deutschland. Was in einem Jahrzehnt gesündigt worden sei, könne unmöglich in einem Vierteljahr wieder gutgemacht werden. Jede Lohnerhöhung ist auf Kosten der Arbeitslosen vorgenommen worden. Den Kreislauf der Erzeugungskosten, Verbraucherpreise, Absatzmangel und Arbeitslosigkeit haben nun endlich die Gewerkschaften begriffen."

Soweit der durch die bürgerliche Presse laufende Schwindel. Am liebsten möchte man über dieses Sammelsurium von Irreführung und Blödsinn zur Tagesordnung übergehen. Seitdem man aber an dem Aufstieg der Nationalsozialisten sehen kann, dass in Deutschland jedes noch so irrsinnige Geschwätz auf fruchtbaren Boden fällt, wenn es sich nur gegen die Gewerkschaften und Sozialdemokratie richtet, muss man sich wohl oder übel auch mit diesem Tratsch gegen die Gewerkschaften auseinandersetzen.

Wie steht es mit dem Zitat aus der "Arbeit"? Es handelt sich bei ihm, wie schon an der Punktierung im Zitat erkenntlich ist, um zwei künstlich in Zusammenhang gebrachte Stellen aus einem Aufsatz der "Arbeit". Dieser Aufsatz, der von Gerhard Colm-Kiel stammt und betitelt ist "Lohn, Zins - Arbeitslosigkeit" vertritt keineswegs den Standpunkt der Gewerkschaften. Er ist lediglich ein Diskussionsbeitrag, denn die Redaktion, die nicht in den Händen Leiparts, sondern Erdmanns liegt, erklärt in einer Fussnote zu dem ersten Satz ausdrücklich: "Ueber den Standpunkt der freien Gewerkschaften zu diesem Fragenkomplex orientiert die vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Allgemeinen freien

Angestelltenbund und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund herausgegebenen Schrift "Wirtschaftslage, Kapitalbildung und Finanzen". Im Juli-Heft der "Arbeiter" erschien ein Aufsatz von Professor Löwe-Kiel zu dem gleichen Thema "Lohn, Zins - Arbeitslosigkeit", der gegen Colms Darlegung gerichtet ist. Nur ein Schwindler kann also Colms Ausführungen als Standpunkt der freien Gewerkschaften hinstellen. Im übrigen wird der zweite Teil des Zitats aus dem Aufsatz Colms auch noch falsch zitiert. Richtig heisst es bei Colm: "Will man die Arbeitslosen in den vorhandenen Produktionsapparat eingliedern, so müssen die oben genannten Kostenfaktoren Lohn (einschliesslich sozialer Lasten), Steuern oder Rohstoffpreise gesenkt werden." In dem Schwindel-Zitat sind die "Rohstoffpreise" treu und brav weggelassen. Eine ganz niedliche Leistung!

Das Ganze erinnert an die berüchtigten Methoden des seligen "Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie", der in der Vorkriegszeit die Hetze gegen die freie Arbeiterbewegung besorgte. Dessen Spezialität war es, durch bestimmte, aus dem Zusammenhang gerissene und raffiniert zusammen gesetzte, Sätze die Sozialdemokratie zu verunglimpfen; er erhielt daher den Namen "Reichslügenverband".

Und nun der sogenannte SPD-Führer Cohen-Reuss? Nur Leute, die die letzten zehn Jahre verschlafen haben, können heute noch Cohen-Reuss SPD-Führer betiteln. Wenn wir uns nicht sehr irren, ist er heute Syndikus, bzw. Angestellter eines Unternehmerkartells. Im einzelnen auf seine Meinung über die Frage Lohn und Arbeitslosigkeit einzugehen, wie sie von der "Kölnischen Zeitung" kurz wiedergegeben wurde, verlohnt sich nicht. Die Unternehmerpresse erzählt dasselbe ja tagtäglich ihren Lesern.

SPD. Die Nachverhandlungen im Tarifstreit der rheinisch-westfälischen Strassenbahnen werden am Mittwoch früh im Reichsarbeitsministerium beginnen.

SPD. Der Bundesausschuss des ADGB hat zum Verbot des Films "Im Westen nicht Neues" folgenden Protest beschlossen:

"Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes spricht seine Empörung aus über das Verbot des Remarque-Filmes. Er protestiert entschieden gegen dieses Verbot, das von dem alten militärischen Geist diktiert ist, keineswegs aber von dem Geist der Männer, die an der Front kämpften.

Er protestiert gegen das Wiederaufleben der Methoden des Obrigkeitsstaates, die Freiheit der eigenen Urteilsbildung zu verhindern.

Demgegenüber betont der Bundesausschuss erneut den entschlossenen Willen der organisierten Arbeiterschaft zur Sicherung des Friedens und der demokratischen Volksrechte. Die Gewerkschaften fordern deshalb, dass das Verbot des Filmes aufgehoben wird."

SPD. Der Verband von Arbeitgebern im bergischen Textilindustriegebiet fordert Kürzung des Zeitlohns für männliche Arbeiter von 68 auf 58 Pfennige und für weibliche von 52½ auf 43½ Pfennige. Der Branchentarif für Gummibandwirker, die besonderen Zuschläge für Schichtarbeit und die Verdoppelung der Familienzulagen bei Arbeitsstreckung unter 33 Stunden sollen fortfallen. Diese Forderungen bedeuten einen Lohnabbau von 13½ bis 17 Prozent.

SPD. Der Arbeitgeberverband der Siegerländer Metallindustrie hat in einer Besprechung mit den Gewerkschaften angekündigt, dass die Spitzenlöhne der Facharbeiter von 73 auf 63 Pfennige herabgesetzt, die sozialen Zulagen abgebaut und sämtliche Akkordsätze abgeändert werden sollen. Die Vertreter der Arbeitnehmer erklärten diese Forderungen für unannehmbar. Daraufhin haben die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes für den 31. Dezember die Kündigung der gesamten Belegschaften ausgesprochen.

SPD. Eine Vertretertagung des Deutschen Bankbeamtenvereins, Gau Rheinland und Westfalen in Solingen forderte von der Organisation die Ablehnung des Schiedsspruchs für das Bankgewerbe und vom Reichsarbeitsminister die Ablehnung der von den Bankleitungen beantragten Verbindlichkeitserklärung, weil der Spruch für die Bankangestellten untragbar sei. Die Versammlung weist in ihrer Entschliessung darauf hin, dass durch den Wegfall der Ortssonderzuschüsse Ende 1927 bereits eine Gehaltssenkung bis zu 10% für die im deutschen Bankgewerbe tätigen Angestellten erfolgt sei.

SPD. Die Lohnverhandlungen im Buchdruckergewerbe, die am Dienstag vor dem im Manteltarifvertrag vorgesehenen Zentralschlichtungsamt unter dem Vorsitz von Professor Dr. Brahn weitergeführt wurden, zeigten bis abends noch keine Aussicht auf ein Ergebnis. Sie werden sich bis tief in die Nacht hinein erstrecken.

SPD. Der Streik der Belegschaft der Berliner Meierei C. Bolle ist beendet. Ein neuer Schiedsspruch sieht einen Lohnabbau von etwa 2 bis 3% ab 18. Januar vor, während der erste Spruch einen Abbau um 5 bis 6% und zwar bereits am 5. Januar festlegen wollte. Der neue Spruch gilt für die Arbeiter als angenommen, da die Abstimmung nicht die statuarisch notwendige Zweidrittelmehrheit für eine Fortführung des Streiks ergab.

SPD. Das vom Reichstag beschlossene Gesetz über den Geschäftsschluss am Heiligabend kann, weil die Festsetzung des Termins für das Inkrafttreten vergessen wurde, erst 14 Tage nach seiner Verkündung im Reichsgesetzblatt, d.h. also nicht mehr vor Weihnachten wirksam werden. Es bleibt also zunächst in diesem Jahr bei den Vorschriften des vorjährigen Gesetzes: allgemeiner Ladenschluss um 5 Uhr, Ladenschluss der Lebensmittel-, Genussmittel- und Blumen-geschäfte um 6 Uhr, keine reichsgesetzliche Beschränkung der Gast- und Schankwirtschaften. Sicherlich dürften jedoch auch in diesem Jahr die Gastwirtschaften entweder aus freien Stücken zu einer früheren Stunde schliessen oder wenigstens ihre verheirateten Angestellten früher entlassen. Soweit nicht tarifliche Vereinbarungen zwecks Sicherung eines früheren Arbeitsschlusses im Gastwirtsgewerbe zustande kommen, können die Landesregierungen von der Möglichkeit einer früheren Festsetzung der Polizeistunde auf Grund des Gaststättengesetzes Gebrauch machen. Wie verlautet, wird Preussen, um die beschlossenen neuen Bestimmungen für das Gastwirtsgewerbe durchzuführen, die den Schluss der Gaststätten am Heiligen Abend ab 7 Uhr vorsehen, die Polizeistunde auf 7 Uhr festsetzen.

Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 16. Dez. (Eig. Ber.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Abg. Meier (Soz.) die in einigen Zeitungen veröffentlichte Behauptung, dass er seinen Einfluss in der Lotterieverwaltung zugunsten eines Erfinders Weber eingesetzt habe, als unwahr zurück.

Der Landtag überweist zunächst ohne Aussprache Anträge der Deutschnationalen, des Zentrums und der Wirtschaftspartei zugunsten der Rhein-Hochwassergeschädigten dem Hauptausschuss. Zur Beratung kommt dann der Antrag der Deutschnationalen, der dem Ministerpräsidenten Dr. Braun und dem Innenminister Severing das Vertrauen entzieht, weil sie ihr Bedauern über das Verbot des Remarque-Films "Im Westen nichts Neues" ausgesprochen haben.

Abg. Schwecht (Dn.) erklärt unter grosser Unruhe der Linken, die Demonstrationen gegen die Filmvorführung seien sehr erfreulich gewesen und hätten echtes Deutschtum gezeigt. Dieser Film sei eine Beleidigung der deutschen Frontkämpfer. Minister Severing habe sogar die amerikanische Fassung des Films gelobt, in der der Satz vorkomme: "Schmutzig und widerwärtig ist es, für das Vaterland zu sterben!!" (Pfui=Rufe rechts.) Dieser Film sei das Werk eines ungarischen Juden Lämmle (Abg. Ruschke (Staatspt.) "Lämmle ist kein Jude, sondern Deutsch-Amerikaner!") Es sei unerhört, dass der Ministerpräsident Dr. Braun das Verbot dieses Films öffentlich verurteilt und dabei gesagt habe: "Ein Volk, das die Wahrheit nicht mehr verträgt, gibt sich selbst auf!" (Lebh. Rufe links: "Das ist durchaus richtig! Bravo!") Bei der Abstimmung über unsern Misstrauensantrag wird sich zeigen, wo Frontgeist steht und wo jüdischer Geschäftsgeist, wo Reichsbannergeist und wo Stahlhelm-Geist steht (Rufe links: "Stahlhelm=Mussolini-Geist!")

Abg. Kuttner (Soz.):

Als deutscher Kriegsteilnehmer und Gründer der grössten deutschen Kriegsbeschädigtenorganisation spreche ich den Herren Heimkriegern und Hosenmätzen das Recht ab, über das Fronterleben des deutschen Soldaten zu urteilen. (Stürmischer Beifall links)

Herr Goebbels, der während der vier Jahre Weltkrieg die Schul- und Universitätsbänke mit dem Hosenboden wetzte, mag das Bedürfnis empfinden, jetzt nachträglich seine Minderwertigkeitsgefühle in Strassenskandalen abzureagieren. Aber jedenfalls müssen wir Frontsoldaten daran festhalten: die Herren Heimkrieger haben das Maul zu halten, wenn über Fronterleben gesprochen wird. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten). Ich hätte es auch taktvoller gefunden, wenn Herr Abg. Paul Baecker, den sein körperlicher Zustand ebenfalls an der Kriegsteilnahme gehindert hat, auf die Mitwirkung bei der Entscheidung der Oberfilmprüfstelle verzichtet hätte. (Sehr wahr!) Die ganzen Lügen über den Remarque-Film erledigen sich durch die einfache Tatsache, dass soeben Polen den Film ebenfalls verboten hat, weil er aufdringliche Propaganda für Deutschtum und deutsches Heldentum treibe. (Grosse Heiterkeit und Bewegung links) Die ganze Hetze entspringt in erster Reihe den geschäftlichen Bedürfnissen des Herrn Hugenberg. (Lebhafte Zustimmung links.) Herr Hugenberg hat eine ganze Reihe offensichtlich deutschfeindlicher amerikanischer Kriegsfilme für seine Ufa erworben und durch Ausschnitte zurechtgemacht. Kein Patriotismus der Deutschnationalen hat etwas dagegen eingewendet.

Die jungen Leute von der Strassendemonstration gegen Remarque haben also in erster Reihe für die Konkurrenzinteressen der Firma Hugenberg gekämpft. Der zweite wirkliche Verbotgrund ist die Kriegshetze: die gegenwärtige Jugend soll nicht mehr erfahren, wie der Krieg wirklich war. Niemand ist lächelnd ins Tröm-

melfeuer geschritten, und Himmelstosse hat es Hunderttausende gegeben. (Sehr wahr! links) Die wirklichen Leiden, Gefahren und Entbehrungen des Frontsoldaten kann kein Film darstellen. (Sehr wahr! links) Selbst der realistische Film kann nur einen schwachen Abglanz der Wirklichkeit geben, niemals eine Uebertreibung.

Vor 120 Jahren wurde im Königlichen Schauspielhaus ein Stück vom Spielplan abgesetzt, weil die Offiziere der Regimenten Garde du Corps und Gensdarmes deswegen mit einem Theaterskandal drohten, weil das Stück einen preussischen Offizier auf die Bühne brachte, der sich vor dem Tode fürchtete. Der Dichter dieses Stückes hat sich im Jahre darauf am Kleinen Wannsee erschossen, sein Name war Heinrich von Kleist, sein Stück ist "Der Prinz von Homburg". (Grosse Beifallbewegung.)

Wir danken den preussischen Ministern, dass wenigstens sie sich der neuen Kriegshetze nicht gebeugt haben und sprechen ihnen unverändert Dank und Vertrauen aus! (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kasper (Komm.) erklärt, der Protest gegen den Remarque-Film entspringe der Wut der Heimkrieger und Etappenschweine darüber, dass dieser Film wenigstens einen Abglanz der Wahrheit des Krieges zeige. (Die Deutschnationalen verlassen den Saal unter dem Rufe der Kommunisten: "Die Etappe reisst aus!") Die preussische Regierung aber sei im Bunde mit den Faschisten und ihr gelte der Kampf der Kommunisten.

Abg. Rutschke (Staatspt.): Der Kampf gegen den Remarque-Film wird geführt von Leuten, die weder den Schützengraben, noch den Film gesehen haben. Ich habe den Film auch in der ursprünglichen Fassung im Ausland gesehen und weiss, dass er keineswegs das Ansehen der deutschen Krieger herabsetzt, sondern geradezu das hohe Lied der Tapferkeit und Kameradschaft der Soldaten ist. Dagegen protestieren die Leute, die den Stahlhelm im Knopfloch tragen, weil sie ihn nie auf dem Kopfe trugen. Herr Augenberg, der in seinem Warenhaus alles hat von Bethlehem bis Babylon, kämpft gegen diese Konkurrenz und zeigt lieber die schönen Beine der Marlene Dietrich. Wir bedauern, dass die Reichsregierung vor dieser Hetze, vor dem Terror der Strasse zurückgewichen ist. Wir weisen auch die Hetze zurück, die bei dieser Gelegenheit vom "Stahlhelm" gegen unsere brave Polizei entfacht worden ist.

Abg. Schröder-Crefeld (D.Vp.): Wir bedauern, dass es überhaupt möglich war, dass die Filmprüfstelle einen solchen Film zugelassen hat, der geeignet ist, das Fronterlebnis zu beschmutzen, das uns Frontsoldaten heilig ist (Lärm links und Rufe: "Wo waren Sie denn an der Front?") Gerade von Ihnen (nach links) waren 90 Prozent nicht im Kriege (stürm. Protestrufe links). Wir müssen es auf das tiefste Bedauern, dass der Ministerpräsident Braun ohne jeden ersichtlichen Grund seine Missbilligung über die Entscheidung der Oberfilmprüfstelle ausgesprochen hat, die durchaus dem Willen der Mehrheit der deutschgesinnten Bevölkerung entspricht. (Beifall rechts.)

Abg. Hestermann (Wirt.Pt.) Wenn der Hetzfilm "Im Westen nichts Neues" in der Auslandsfassung gezeigt worden wäre, dann hätte ihn ein Sturm der Entrüstung des deutschen Volkes hinweggefegt. (Lärm links, ein Kommunist ruft: "Herr Hesterberg, was kostet ein Mandat, 20 000 Mark!")

Die weiteren Ausführungen des Redners bleiben bei dem tosenden Lärm unverständlich. Dieser Lärm übertönt auch den grössten Teil der dann folgenden Reden des Abg. Keller (Dtsch. Fraktion) und Schmidt (Komm. Opposition), die den Ministern ihr Misstrauen aussprechen.

Als Präsident Bartels mitteilt, dass weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, ruft die Linke: "Wo bleibt denn Kube, der Nazi?" Die namentliche Abstimmung über den Misstrauensantrag soll am Freitag stattfinden.

Es folgt die erste Beratung des Etats für 1931. Sie wird eingeleitet durch eine Begründungsrede des Finanzministers

Dr. Höpker=Aschoff:

Der Minister erklärt, dass das Ergebnis der letzten Reichstagswahl den in den vergangenen Jahren zu verzeichnenden langsamen aber sicheren Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft unterbrochen und verhängnisvolle Auswirkungen auf die deutschen Finanzen und die deutsche Wirtschaft gezeitigt habe. Der Absatz der Industrieprodukte habe im Rahmen eines seit der letzten Reichstagswahl zu beobachtenden verschärften Konjunkturrückganges jetzt einen Rückgang um 25 Prozent gegenüber dem Vorjahre aufzuweisen. Auch der landwirtschaftliche Absatz stöcke und die Arbeitslosigkeit steige. Nur unsere Handelsbilanz zeige ein noch verhältnismässig günstiges Bild, aber ihre Aktivität werde aufgehoben durch den kolossalen Devisenbedarf, den wir für Reparationen und Verzinsung ausländischer Schulden hätten und der allein monatlich 240 Millionen RM erfordere. Durch Kapitalflucht und Zurückziehung ausländischer Kredite nach dem 14. September 1930 seien Deutschland allein im Oktober 1,6 Milliarden Reichsmark entzogen worden. Die Kreditoren der Banken hätten sich nach der Reichstagswahl, allein im September und Oktober, um 1,2 Millionen Mark verringert, der Zufluss zu den Sparkassen, der vorher durchschnittlich 50 Millionen RM im Monat betragen hätte sei im September auf 27, im Oktober auf 13 Millionen zurückgegangen. (Lebh. hört, hört!) Weiter habe sich nach der letzten Reichstagswahl ein starker Rückgang der Kurse für die festverzinslichen Papiere gezeigt. Auf diesem düsteren Hintergrund sei das Bild der preussischen Staatsfinanzen zu zeichnen. Die Entwicklung des Jahres 1930 gebe zu ernster Sorge Anlass. Die Einnahmen aus den preussischen Steuern und aus der Forstverwaltung seien ebenso wie die Reichsüberweisungen zurückgegangen. Es werde deshalb im Jahre 1930 einen grösseren Fehlbetrag geben, der nur durch erhöhte Sparsamkeit abzudecken sei. Ein Gefahrenmoment liege auch darin, dass es seit dem Jahre 1928 nicht möglich gewesen sei, langfristige Anleihen unterzubringen.

Der Minister gab dann einen eingehenden Ueberblick über den bereits bekannten Inhalt des Haushaltsplans, der gegenüber dem Vorjahr mit einem Weniger von rund 385 Millionen abschliesst. Die Besoldungskürzung, die in Preussen auf Grund der durch Reichsnotverordnung erteilten Ermächtigung durch eine Verordnung der Staatsregierung verfügt worden sei und die Kürzung der Ministergehälter und Abgeordnetendiäten habe eine Ersparnis von 84,4 Millionen RM zur Folge. Wenn nicht im kommenden Jahre ein katastrophale Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage eintrete, werde mit besonderen Schwierigkeiten im preussischen Haushalt nicht zu rechnen sein. Nach ausführlicher Darlegung des Finanz- und Wirtschaftsplans der Reichsregierung beschäftigte sich der Finanzminister mit der Lage der Gemeindefinanzen und bezeichnete es als fraglich, ob die Gemeinden auf die Dauer mit den Lasten fertig würden, die durch die gestiegenen Wohnnahrtsausgaben auf ihnen ruhten. Es hätten am Montag im Reichsfinanzministerium Verhandlungen über die Möglichkeit eines Ueberbrückungskredits für die Gemeinden stattgefunden, wobei sich ergeben habe, dass eine akute Gefahr für die Gemeinden zur Zeit nicht bestehe. Zum Schluss wies der Minister auf die Mitarbeit der preussischen Regierung im Reichsrat bei der Verabschiedung der Reichsgesetze hin und erklärte, ohne die Hilfe der Staatsregierung wäre die Verabschiedung der Gesetzesentwürfe der Reichsregierung im Reichsrat nicht möglich gewesen. Sache des Landtages sei es nunmehr, das Seinige zur Befestigung der Lage und zur Ueberwindung der Krise beizutragen. (Beifall bei den Reg. Part.)

Die Aussprache beginnt am Mittwoch. - Präsident Bartels teilte mit, dass als neuer deutschnationaler Abgeordneter Dr. Maretzky in den Landtag eingetreten sei. - Das Haus vertagte sich auf Mittwoch 12 Uhr.

Landtags=Stimmungsbild.

SPD. Berlin, den 16. Dez. (Eig. Ber.)

Der Preussische Landtag hatte am Dienstag zunächst die Misstrauensanträge zu beraten, die von den Deutschnationalen gegen den Ministerpräsidenten Otto Braun und den Minister Karl Severing eingebracht worden sind, weil sie die Hetze gegen den Remarque-Film nicht mitgemacht haben.

Welchen Wert die Antragsteller ihren lächerlichen Misstrauensvoten selbst beimessen, beweise ihre Zustimmung zu einer Redezeit von 10 Minuten. Diese zehn Minuten genügten in der Tat für die Redensarten, die Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei und Christliche Bauern gegen den Film vorzubringen wüssten: Der Remarque-Film beleidige die Armee, beleidige das deutsche Volk, schwäche den deutschen Wehrwillen und habe überhaupt eine verbotene Richtung. Keiner der Sprecher der vier gegen den Film sprechenden Parteien hat den Remarque-Film mit eigenen Augen gesehen; kaum einer von ihnen ist im Felde an der Front gewesen.

Der sozialdemokratische Abg. Kuttner unterstrich für die Sozialdemokratie, die Kriegsteilnehmer und die kriegsbeschädigten die selbstverständliche Forderung, dass Heimkrieger und Hosenmätze von 1916 das Maul zu halten haben, wenn Frontkämpfer über ihre Kriegserlebnisse sprechen. Der Remarque-Film sei ein ganz schwacher Abklatsch der Wirklichkeit, weil kein Film auch nur entfernt an die wirkliche Grausamkeit des modernen Krieges heranreichen könne. Die ganze Hetze gegen Remarque sei ein Hugenbergsches Konkurrenzmanöver, und die unwissenden Schreier der Strasse sollten lediglich das Absatzgeschäft der Ufa verbessern. Kuttner erinnerte schliesslich noch an einen historischen Reinfall der Reaktion vor 120 Jahren haben die Herren Gardeoffiziere mit Gewalt verhindert, dass im Königlichen Schauspielhaus zu Berlin Kleists "Der Prinz von Homburg" aufgeführt wurde, weil darin ein preussischer Offizier und Prinz v. Homburg Todesfurcht zeigt. Heute sei dasselbe Stück die klassische Dichtung der Nationalisten.

Die Kommunisten erkannten in der Remarque-Hetze richtig faschistische Reaktion und Kriegstreiberei. Trotz dieser Feststellung erklärten sie sich aber bereit, den Faschisten und Kriegshetzern bei ihrem Kampf gegen Severing zu helfen. Sie wollen für das Misstrauensvotum stimmen, um wenn möglich den Platz des preussischen Ministerpräsidenten Herrn Hugenberg oder Herrn Strasser zuzuschanden. Der aus der offiziellen K.P.D. ausgetretene Abgeordnete Schmidt-Erfurt fragte mit einigem Entsetzen, ob denn wirklich bei einer ehrlichen Arbeiterpartei eine solche Verbohrtheit möglich wäre. Die Abstimmung findet am Freitag statt.

Im weiteren Verlauf der Sitzung brachte der Preussische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff den Entwurf des Staatshaushalts für 1931 ein. Die preussische Finanzwirtschaft ist, getragen von der Weimarer Koalition, trotz aller Schwere der Zeit in glänzender Ordnung: Preussen hat keine schwebenden Schulden. Auch der Voranschlag für 1931 ist mit äusserster Vorsicht und Sparsamkeit aufgestellt. Aber Höpker-Aschoffs Rede ging über die normale Berichterstattung über das abgeschlossene, laufende und kommende Finanzjahr weit hinaus. Auf Grund eines ungeheuren Zahlenmaterials schilderte er das wirtschaftliche Ergebnis der Reichstagswahl vom 14. September: sie hat das deutsche Volk 1,6 Milliarden Wirtschaftskapital gekostet, die Kurse der deutschen Anleihen um 3 - 23 % gesenkt, den Zinssatz um 1 - 2 % hinaufgetrieben und alle Ansätze zur Besserung der Wirtschaftslage restlos zerschlagen. Der Plödsinn dieser Reichstagswahl ist dem deutschen Volk teuer zu stehen gekommen. Die Brechung der Zinsknechtschaft durch die Nazi zeigt sich darin, dass schon die Wahl von 100 dieser Schwätzer genügt, um die Zinsen weiter zu verteuern. Mit vollem Recht deutete Höpker-Aschoff an, dass nur festester Zusammenschluss der verfassungstreuen und verantwortungsbewussten Parteien die aus dem Wahlergebnis herausgewachsene Gefahr sofortiger Wirtschaftskatastrophe abgewendet hat. Aber die politische Vertrauenskrise geht weiter und macht tatsächlich jede wirtschaftliche Erholung Deutschlands unmöglich. Die allgemeine Besprechung des Haushalts beginnt am Mittwoch.